

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 15. August 1931

Nummer 65

Macht ein Ende!

Da hat irgendein Arbeitsloser gesagt: Unsere arbeitenden Kollegen haben uns verlassen, wir können auf sie nicht mehr bauen. Und die arbeitenden Kollegen waren empört. Sie rechneten ihm alle Abzüge für Verband und Versicherung vor und behaupteten, daß sie mit der Unterstützung der erwerbslosen Kollegen schon übergenug belastet seien. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese letzte Behauptung an sich ihre volle Richtigkeit hat. Leider aber sind, vom Standpunkt des Arbeitslosen aus gesehen, auch seine Worte nur allzu wahr. Auf die Verteilung bezogen erhält der langzeitige Arbeitslose z. B. doch nur ein Minimum der von den in Arbeit stehenden Kollegen gesammelten Gelder. Wenn man dazu einmal versucht, sich in die Gedankengänge eines Erwerbslosen einzufühlen, wird man für seine Worte noch mehr Verständnis haben. Zunächst erscheint es ihm eine Ungerechtigkeits, daß gerade er aus irgendwelchen technischen oder sozialen Gründen seinen Arbeitsplatz verlassen mußte und nun mit großer Wahrscheinlichkeit zu jahrelangem Untätigkeit verurteilt ist. Seine Kollegen bleiben indes weiter im Betrieb, erhalten an jedem Freitag ihren Lohn, können vielleicht irgendwelche Pläne schmieden, notwendige Anschaffungen machen — ihr Leben hat einen Inhalt —, das seine ist inhaltslos geworden. Es setzt sich in ihm ein dunkler Groll gegen alle Glieder der bestehenden Ordnung fest, er sucht vergeblich nach der „Solidarität“, die nach seiner Meinung die Masse der Kollegen hätte aufstehen lassen müssen als die Arbeitslosigkeit immer bedrohlicheren Umfang annahm, um mit der Macht ihrer Gesamtheit von den Wirtschaftsmächten die Beendigung der Krisis zu fordern. Er ist längst davon überzeugt, daß der Versuch der Biergigstundenwoche mit seinen zu erwartenden Erleichterungen fehlschlagen wird und daß indes das Kapital stärkste Anstrengungen macht, die Arbeitskrise in einen Dauerzustand zu verwandeln. Langsam vollzieht die kapitalistische Gesellschaft an ihm das Verbrechen, das sie zu gleicher Zeit an weiteren 20 Millionen Menschen des Erdballs verübt: den Mord der Seele. Kein Wunder, daß der Arbeitslose aus dem Bewußtsein des „Ausschließlingsangewiesenseins“ angezogen der kaum sichtbaren Erfolge des langsamem demokratischen Entwicklungstempes zum Revolutionär geworden ist, und daß er es oftmals nicht nur aus der Abhängigkeit, die die Verhältnisse zu ändern, wurde, sondern aus reinem Vergeltungsdrang. Es ist nur die Konsequenz seines Ichs, die ihn nun veranlaßt, den extremen Parteien anzuhängen und damit die Krisis zu verschlimmern, unbewußt und ungewollt zu verschlimmern.

Um aber der Handlungsweise dieser Erwerbslosen und diesen gegenüber der des übrigen Teiles der Arbeiterschaft Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, erscheint es notwendig, die Frage zu prüfen, ob denn die Gewerkschaften und die von ihnen gestützten Volkswirtschaften aus der scharfen Kapitalisierung der arbeitslosen Massen nicht doch irgendeine Schuld tragen. Dieser Hinweis scheint nämlich mit dem Anspruch des Arbeitslosen gegeben: sie könnten sich auf ihre Kollegen nicht mehr verlassen. Man kann behaupten, daß die Arbeitslosigkeit in ihrer Dauer und Ausdehnung zu einem Machtfaktor des Kapitals geworden ist, der mit der Zeit die Stärke und Schlagkraft der arbeitenden Massen langsam, aber sicher aufreißt. Eine Tatsache, welche die Gewerkschaften schon jetzt recht oft schmerzhaft gespürt haben. Deshalb und wegen der Zermürbung des einzelnen Betroffenen durch die Arbeitslosigkeit, der größten Gefahr für den Erwerbslosen, mußte von den Führern der Arbeiterorganisationen längst eine maßvolle Offensive gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet werden. Vorzeitige zur Beseitigung der Arbeitskrise sind bereits genügend gemacht worden. Wenn man wirklich bisher mit der Durchführung einer solchen Kampfkampagne in allen ihren Konsequenzen aus Rücksicht auf eventuelle weittragende politische Folgen zögerte, so ist jetzt dafür in Anbetracht des nahenden Winters allerhöchste Zeit, um die Massen der Erwerbslosen nicht aufs neue in Hunger und Kälte verzweifeln zu lassen. Die Arbeitslosen sind schon jetzt am Ende ihrer Kraft, sie haben mit letzter Anstrengung beim neuen Unterstützungsabbau ohne Aussicht auf baldige Besserung oder Beschäftigung beste Disziplin gezeigt, nun ist es heiligste Pflicht aller übrigen Klassen: genossen, unter der Parole „Arbeit für alle“, selbst unter Anwendung scharfer gewerkschaftlicher Machtmittel, den arbeitslosen Brüdern ihre wirkliche Solidarität zu beweisen.

Viegnik.

Arbeitsloser L. u.

Streikbrecher!

Eine stark besuchte Buchdrucker-Versammlung am 8. August zu Köln. Verhättnisse Erregung liegt wie eine Wolke über den Jüngern Gutenbergs. Von der Straße her klingen Rufe jagenber, verfolgter Demonstrierender in den geschlossenen Saal hinein. Politische Fanatiker werden von der Polizei auseinandergeprengt.

Die Versammlung steht unter dem Zeichen wirtschaftlicher Depression. Hier und dort hat es in den verschiedensten Betrieben zu Differenzen geführt, die, mehr oder weniger mit Opfern verbunden, beigelegt wurden. Nur in einem Betriebe (nahe kommunistischem Signum) gab es einen härteren Knack, der zum Streik führte. Weil die an Kollegialität und angeborene Solidarität gewöhnten Buchdrucker sich nicht zum Mittel eines machtlusternen Parteidiktators machen lassen wollten.

In derselben Versammlung befanden sich einige Kollegen, die aus politischer Befessenheit heraus den Streitenden in den Rücken gefallen sind. Ohne Scham, scheinbar ahnungslos, haben sie sich an einem Tisch niedergelassen. Ein Dritter, der später kommt, sitzt versteckt in einer Ecke. Da werden vom Vorstand drei Namen aufgerufen. Wie aufgeschrecktes Wild melden sich die Aufgerufenen und bejahen die Frage, ob sie in dem bestrittenen Betrieb arbeiten. Mit einem einzigen eifrigen Ruf: „Hinaus! Streikbrecher!“ erhebt sich die ganze Versammlung und erklärt die verzweifelte Rechtfertigungsversuche dieser Karo-deure. Ein gestellter Ausschlußantrag wird einmütig nach kurzer aber sehr aufschlußreicher Debatte, bei der mancher ehemalige Saulus zum Paulus wurde, angenommen. Es wird nebenher noch festgestellt, daß einer der Ausgeschlossenen, trotzdem er bereits arbeitete, noch Tage nachher Arbeitslosenunterstützung abgeholt hat.

Streikbrecher! Trotzdem ich schon recht vieles im Leben gesehen habe und auch von tiefgreifenden Erschütterungen nicht verschont blieb, habe ich mir nie so recht vorstellen können, was der Ausdruck „Streikbrecher“ oder „Verräter“ für eine gewaltige Ächtung bedeutet. Jetzt erst habe ich es mit erschütternder Klarheit begriffen.

Wäre man mir verzeihen, wenn ich zur Erklärung ein Bild gebrauche, welches häufig dargestellt wird in der Passion. Judas Ischariot! Daselbe tut jeder Streikbrecher. Nur mit dem Unterschied, daß Judas Ischariot sich nachher erhängte, als er sah, was er angerichtet hatte — während unsere modernen Judas noch die Stirn haben, eine Zeitung die organisierte Arbeiterschaft zu schädigen, bis sie eines Tages elend und verkommen zugrunde gehen.

Das Erlebnis der Kölner Streikbrecher-Brandmarkung werde ich zeitlebens nicht mehr vergessen können. Aber eine Lehre soll sie allen denen sein, die sehen und hören wollen: In radaupolitischer Befessenheit haben hier Menschen, die immerhin eine Reihe von Jahren gewerkschaftlich organisiert waren und alle Rechte ihrer Organisation besaßen, vergessen, daß sie auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft haben. Die höchste Pflicht aber eines jeden Gemeinschaftsmenschen ist die straffe Solidarität dem Mitbruder gegenüber. Wo diese Pflicht vergessen wird, da hilft keine sonst auch noch so angebrachte Entschuldigung von materieller, körperlicher Not und Entbehrung.

Das Brandmal des Streikbrechers trägt der Betroffene zeitlebens mit sich herum, und es läßt sich nicht mehr abwischen. Selbst dann nicht, wenn der so hart Gestrafte sich ehrlich bemühen wollte, entstandenen Schäden wieder durch fleißige, uneigennützig Arbeit einzubüßeln. Vieles durch die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgerabrachte Unklarheit läßt sich erklären, verzeihen. Ein Streikbruder aber führt über die sittliche Verkommenheit zum moralischen Selbstmord.

Das Exempel vom 8. August 1931 in Köln sei eine erste Mahnung und Aufruf zur Bejüngung an alle Leichtfertige!

K. A. (Köln).

Zur Arbeitszeitverkürzung

Mir erscheint der Kampf um die Biergigstundenwoche oder die Fünftageweche geradezu wie ein großer Eiertanz. Jeder möchte gern, der Arbeiter und der Unternehmer; aber beide wollen nicht so, wie der andre will. Darum wird der Ausweg zu einem Diktator gesucht, der diesen Eiertanz beendet durch ein Machtwort, das im Augenblick Notverordnung heißen darf. Bei diesem Versuch zeigte sich aber, daß derselbe Eiertanz in einer anderen Form an anderer Stelle fortgesetzt wird. Die Regierung resp. der

Arbeitsminister will nicht wie die Arbeiter wollen. Verhandlungen werden angefangen und verschoben; es wird schließlich ein Ausweg gefunden, der das Problem auf das tote Gleis schieben muß. Unternehmer und Arbeiter sollen sich vorher auf die Arbeitszeitverkürzung in Beispielen einigen und dann der Regierung das Resultat vorlegen. Was wird dabei herauskommen? Nichts! Wenn diese Frage weiter so behandelt wird wie bisher, haben wir in einem Jahr noch denselben Stand in dieser Angelegenheit. Oder die Verhinderung des Arbeitslosenheeres zwingt uns zu einer Regelung. Fast scheint es, als müßte ein noch schwererer wirtschaftlicher Druck von außen kommen, um das Problem zu lösen.

Vorhandene Ausichtslosigkeit hindert aber nicht, immer und immer wieder an das Problem heranzutreten, so lange, bis es erreicht ist. Stillschweigen fordert eine Sache nicht. Mitsein kann nur die gründliche Aussprache klären und Geburtsheifer sein.

Einer der wichtigsten Faktoren auf dem Wege zur Arbeitszeitverkürzung muß der Wille der Kollegenchaft sein, sie sich zu erkämpfen. Der Wille setzt jedoch die Erkenntnis voraus, daß die Arbeitszeitverkürzung eine dringende Notwendigkeit ist. Und sie ist es: einmal für die durch sie unterzubringenden Arbeitslosen, dann für die arbeitenden Kollegen selbst aus hygienischen (gesundheitlichen) Gründen und als Ausgleich sozialer Gerechtigkeit. Gewonnene freie Zeit erhöht den Lebensgenuß nicht allein. Ein gegenwärtigen Augenblick erleichtert sie auch das soziale Gewissen. Kann das Vollarbeiten eine Befriedigung sein, wenn zur gleichen Zeit Tausende von Kollegen und Millionen von Mitmenschen gezwungen sind, überhaupt nicht oder weniger als 40 Stunden (verkürzt) arbeiten zu dürfen. Gleiches Recht für alle! Soll das Recht, moralisch und wirtschaftlich durch Arbeitslosigkeit zu leiden, nur ein gewisser, vom Glück oder dem Zufall begünstigter Kreis haben? Nein. Einer für alle, alle für einen, das ist der Sinn der Klassen-solidarität, wenn andre Wege versagen.

Diese Erwägungen allein schon müßten die Triebkraft sein, sich mit aller Kraft für die Arbeitszeitverkürzung einzusetzen. Der Achtstundentag ist überlebt, bereits überholt. Wir dürfen nicht hindern dabei stehen, wie sich die neue Form Geltung zu schaffen versucht. Schließlich der Achtstundentag verschlingt in Wirklichkeit täglich 10, 11 und mehr Stunden unserer gesamten wenigen Erntetage.

Bis hierher werde ich das Verständnis der Kollegen gefunden haben, und mancher wird offen sagen: so ist es. Jetzt kommt aber der springende Punkt, der die Gesister noch immer getrennt hat: Das ist die Frage, die jeden einzelnen von uns an der egoistischen Seite trifft. Wie es soll die Lohnfrage dabei geregelt werden?

Wir müssen die Kurzarbeit trennen von der grundsätzlichen Forderung der Arbeitszeitverkürzung. Die Kurzarbeit kann jeden Augenblick umgestoßen werden, die 40-Stunden-Woche muß für immer verankert werden. Ein Teil der Unternehmungen würde mit der Einführung der Kurzarbeit die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich regeln können, ohne dabei etwas zu riskieren. Hier würde es auf eine Verständigung ankommen, die erreicht werden kann, wenn die Kollegen sich die Grundsätze des Verbandes in dieser Frage zu eigen machen und das Opfer zu entprechenden Teilen auf sich nehmen wollen. Ob das gerade 50 zu 50 oder 40 zu 60 Proz. sein müssen, das muß der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Es wird hier darauf ankommen, wie die Kollegenchaft bereits über Tarif entloht ist und in welchem Maße es gelingt, die Angestellten zur Ausbalancierung des Gehältsatzes mit in die Vereinbarung einzuziehen. Erwerbslose Angestellte gibt es in gleich hoher Zahl. Dem moralischen Druck, Opfer für diese bringen zu müssen, könnte sich gegenüber dem vorbildlichen technischen Personal die Angestellten auf die Dauer nicht verschließen. Wir dürfen aber zunächst nicht das Verhalten der Angestellten in der Frage der Arbeitszeitverkürzung auf den Entschluß des technischen Personals ausschlaggebend einwirken lassen. Einer muß doch den Anfang machen, muß Bahnbrecher sein.

Nach dem Wie (Grundlage des Verbandes, Opfer auf beiden Seiten) folgt das Wer. Wer soll das Beispiel geben? Die Frage ist sehr einfach zu beantworten: die Arbeiterbetriebe, vor allen Dingen die Gewerkschafts-, Genossenschafts- und sozialistischen Betriebe. Sie müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sind moralisch dazu verpflichtet. Denn ihre Funktionäre sind die beauftragten Verfechter der Arbeitszeitverkürzung, ihre Vertrauensleute in den Parlamenten stellen und stellen entprechende Anträge. In allen Dingen, früher und jetzt, gehen diese

Betriebe mit gutem Beispiel voran. In der Entlohnung, in der Frierenfrage usw. Ein kleiner Teil hat wohl auch jetzt schon eine Arbeitszeitverkürzung durchgeführt. Aber welche und wie ist zu wenig bekannt. Sie müssen alle ohne Ausnahme dazu übergehen. Bald. In irgendeiner Form, nach den Vorschlägen des Verbandes.

Es ist ganz klar, daß die dabei zu tragenden Opfer unter Umständen beiden Seiten schwer zu schaffen machen werden. Aber nach einiger Zeit, vielleicht und hoffentlich nach merkbarer Anzeichen der Wirtschaft, läßt sich doch immer wieder verhandeln, um Erleichterungen zu erreichen. Inzwischen hat sich die Arbeitszeitverkürzung ausgewirkt, hat sich eingelassen und es läßt sich feststellen, wie sie sich für die Geschäfte finanziell auswirkt und wie die Produktion dabei ausfällt.

Hier hat der Verband eine dankenswerte Aufgabe, Vermittler zu sein. Denn es ist begreiflicherweise so, daß neben den bereits zu bringenden Opfern noch weitere zu bringen, manchem fast unmöglich erscheint. Das muß überwunden werden, und es wird überwunden werden, wenn wir alle im Auge behalten, daß es sich um Entwicklungsphasen handelt, um einen solidarisches Akt, den arbeitslosen Kollegen zu helfen dadurch, daß wir eine Anzahl wieder in den Produktionsprozeß einreihen.

V. S. G., M.

Es ist nur zu begrüßen, wenn Kollege Köschlitz (Leipzig) diese Frage wieder aufrollt, denn für uns sollte es im Augenblick nichts Wichtigeres geben, als in dieser Beziehung Klarheit zu schaffen. Gilt es doch, denjenigen, die ausgestoßen aus dem Produktionsprozeß, in dumpfer Verzweiflung dahinzuevegetieren, zu helfen. Und da erhebt sich sofort die Frage, ob dieses Ziel durch Einführung der 40-Stunden-Woche erreicht werden kann. Es kann erreicht werden, wenn ein gerechter Lohnausgleich und Einkellungsdruck durchgeführt werden können.

Mit der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und ohne Einkellungsdruck wäre keine arbeitslosen Kollegen geholfen. Aber die Kollegen, die heute noch das „Geld“ haben, fünf Tage für sich und einen Tag für den Staat arbeiten zu dürfen, würden dadurch ungemein geschädigt werden.

Wir wollen unsern arbeitslosen Kollegen helfen! Das haben wir bewiesen und wollen es weiterhin tun. Hierzu ist aber erforderlich, daß man uns zahlungsfähig hält. Die arbeitslosen Kollegen sind durch die gefälligen Laster heute so bedrückt, daß sie auch nicht einen Pfennig mehr zahlen können. Die Grenze des Tragbaren ist schon längst erreicht.

Gehingt es uns, die 40-Stunden-Woche unter Beibehaltung eines auskömmlichen Lohnes zu erringen, dann haben wir wirklich etwas Großes erreicht, und jeder Kollege würde unsern Vertretern Dank wissen. Ist dies aber nicht möglich und kann man auch den Einkellungsdruck nicht erreichen, dann: Hände weg!

Marionwerber. Kurt Dpjschlyki.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 5. August 1931

Die Kommission nahm mit größter Genugtuung zur Kenntnis, daß die bisher selbständige Bucharbeitergewerkschaft „Gutenberg“ in Butareff, die bis 1925 dem Internationalen Sekretariat angeschlossen war, nun den Zusammenschluß mit unserm rumänischen Verband vollzogen hat; die Kommission begrüßte diesen die Butareff-Kollegen zu diesem gesunden Fortschritt.

Die Lage in Deutschland hat sich in den letzten Wochen infolge der katastrophalen Lage auf dem Geldmarkt weiterhin stark verschärft. Im Buchdruckerwerke machte sich ein Ansehswellen der Arbeitslosigkeit bemerkbar, die Kurzarbeit bis weit unter 40 Stunden pro Woche zur Folge hatte. Der Verband nahm am 7. August eine dringliche Erhebung über die Kurzarbeit auf. Am 4. August sollten zwischen den Tarifvertragsparteien Verhandlungen über die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden; infolge der völlig unübersehbaren Wirtschaftslage und Finanzlage wurden aber diese Verhandlungen vorläufig auf den 21. August vertagt.

In Ungarn verursachten die dreitägige Bankensperre und die Einkürzungen im Geld- und Devisenverkehr im Buchdruckerwerke einen Stillstand, der zu eingreifenden Maßnahmen zwang. Die Tarifparteien beschloßen, daß während der Dauer der Notverordnung in den Buchdruckerereien Budapests nur vier Tage pro Woche gearbeitet werden sollte. In der Provinz trat keine Änderung ein. Der österreichische Reichsverein teilte mit, daß die Tarifbewegung bei den Wiener Tageszeitungen nennenswert vollkommener erblüht sei. Der neue Tarif lehne sich an denjenigen für die ganze graphische Industrie an und dauere ebenfalls fünf Jahre. Trotz der finanziell schweren Lage und der fortwährend steigenden Arbeitslosigkeit soll ab 15. August 1931 die Sperre für die Zureufe nach Österreich und für das Witzieren wieder aufgehoben werden.

Nach den neuesten Meldungen ist die Auslieferung in Norwegen wieder in ein entscheidendes Stadium getreten. Am 11. August wird das Resultat der Abstimmung über den neuerlichen Vorschlag des öffentlichen Schlichters, der für das Buchdruckerwerke wesentlich günstiger sein soll, vorliegen. Anlässlich der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission vom 12. August in Berlin soll ein weiterer Bericht entgegengenommen werden, der sich auch über die skandinavische Zusammenarbeit und die internationale Hilfsaktion aussprechen soll. Miteilig wurde den

angeschlossenen Verbänden der Dank für die bisher geleistete finanzielle Hilfe ausgesprochen, die die norwegischen Kollegen auch heute noch aufrecht stehen läßt im schwierigsten aller Kämpfe.

Der Entwurf zu Richtlinien für die Gewährung der internationalen obligatorischen Unterstützung wurde für die Berliner Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission beraten und ohne wesentliche Änderung genehmigt.

Der jugoslawische Verband berichtete über die gegenwärtige Lage. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten immer größer werden und daß es immer größerer Geschäftlichkeit bedarf, um das Verbandsmitglied durch alle Fährnisse zu steuern.

Die Einladung des französischen Buchdruckerverbandes zu seiner vom 28. bis 30. August in Paris stattfindenden Feier des 50jährigen Bestehens der Organisation wurde dankend zur Kenntnis genommen und der internationale Sekretär abgeordnet.

Schweiz, Am 18. und 19. Juli tagte die Sparte der Maschinenmeister in La-Chaux-de-Fonds. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete natürlich das aktuelle Thema: „Unre Stellungnahme zur Konzentration der Sparten“.

Nach einem ausführlichen Referat hierüber wurde eine von der Zentralverwaltung vorgelegene längere Resolution gutgeheißen, worin es unter anderem heißt, daß die Verammlung in voller Würdigung und Anerkennung der vom Zentralkomitee geleiteten Verbands- und Gewerkschaftsarbeit nicht in der Lage sei, die optimistische Auffassung zu teilen, welche da und dort bezüglich der organisatorischen und finanziellen Einparungen vertreten werde. Was die freiverwendenden Kräfte anbetreffe, die man durch die beschleunigte Konzentration des beruflichen Bildungswesens glauben zu können, so stellt die Verammlung ausdrücklich fest, daß ein großer Teil der Spartenfunktionäre jetzt schon zu den aktiven Elementen innerhalb des Gesamtverbandes gehöre. Ein anderer Teil wiederum sei mit der speziell beruflichen Bildungsarbeit in den Sparten derart verwaschen, daß es eine Illusion sei, zu glauben, daß diese so ohne weiteres mit demselben Eifer auch die gewerkschaftlich-organisatorische Arbeit leisten würden. Engere Fühlungnahme der lokalen Sparten und ein verständnisvolles Zusammenarbeiten derselben mit den Sektionsvorständen des Mutterverbandes dürften das gewünschte Ziel eher erreichen lassen und auch allseitig befriedigen. Bezüglich des allgemeinen Spartenorgans wird festgestellt, daß der Inhalt durch das Wiener Komitee nicht mehr befriedigen würde. Die Verammlung beschloß daher: 1. An der Selbständigkeit des S. B. M. B. in seinem bisherigen Bestand sowohl wie an der eignen Herausgabe des „Bulletin“ wird festgehalten. 2. Die Vereinigungsvorstände sind angehalten, auf lokalem Boden mit den übrigen Spartenvorständen eine Vereinheitlichung der lokalen Bildungsveranstaltungen anzustreben. 3. Von der Herausgabe eines separaten Jahresberichts des S. B. M. B. wird mit Ausnahme eines kurzen Rechnungsansatzes abgesehen und dieser unter Berücksichtigung der Bereinigungsberichte auf die Veröffentlichung im Verbandsjahresbericht beschränkt. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich nicht weniger als 25 Kollegen, wobei deutlich zum Ausdruck kam, daß man mit den bisher gemachten Vorschlägen nicht einig ging. Wehr als je sei der Spartenverband notwendig und desgleichen auch das Fachorgan. Wenn es so läßt, wird wohl auch die eingeleitete Studienkommission für den ganzen Fragenkomplex nicht viel herausbringen. Die Zukunft wirds lehren. — Gleichwie in Deutschland, so marschieren auch bei uns in der Schweiz die kommunistischen Arm in Arm mit den reaktionären bürgerlichen Parteien, wenn es gilt, einem fortschrittlichen Gesetz Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Da kann man ruhig sagen: Oble Seelen finden sich! Nach jahrelangen Vorbereitungen und mühseligen Beratungen in den eidgenössischen Behörden ist das große Sozialwerk, die eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung, ausgearbeitet worden. Wenn die Lösung auch nicht voll befriedigen kann und manches zu wünschen übrig läßt, so ist es doch ein Anfang und kann später weiter ausgebaut werden. Das paßt nun den Herren Kommunisten nicht, es darf doch keinen Fortschritt geben. Und so haben sie denn zusammen mit den reaktionären bürgerlichen Parteien das Referendum (Volksentscheid) gegen das genannte Gesetz ergriffen und sammeln gegenwärtig eifrig Unterschriften. Das Zentralkomitee des Typographenbundes hat deshalb eine Bekanntmachung gegen das Referendum erlassen und die Kollegen vor dem Unterschriften gewarnt. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterchaft, diesen Anschlag auf die Volksversicherung zu vereiteln.

Norwegen. Nach viermonatiger Aussetzung unterbreitete der Reichsschlichter einen neuen Vorschlag für einen Tarif, nachdem der erste von beiden Parteien abgelehnt war. Der neue Vorschlag enthält einige Verbesserungen gegen den vorigen, indem die Löhne nur um 5 Proz. gesenkt werden sollen. Mit dieser Lohnkürzung an und für sich könnte man sich wohl abfinden, aber eine entsprechende tarifliche Senkung der Mindestlöhne wird gewiß auf großen Widerstand stoßen, da der wirkliche Lohn durchschnittlich 8 bis 10 Kronen über dem Mindestlohn liegt und die Hälfte der Buchdrucker, soweit die Betriebe nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossen sind, schon jetzt einen 10—12 Kronen höheren tariflich gesicherten Mindestlohn haben. Zur Erhaltung dieses Zustandes möge dienen, daß zu den „freien“ Druckereien alle großen Zeitungsbetriebe in Oslo gehören. Dem Verlangen nach Aufhebung der Akkordarbeit ist im Vorschlag nicht stattgegeben. Ebenso ist die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unbeachtet geblieben. Dagegen ist der Passus der Einstellung der Arbeiter „nach Möglichkeit“ verbessert worden, indem alle

wieder eingestellt werden müssen, die vor dem Konflikt im Betriebe waren. Die Frierengelber müssen ohne Rücksicht auf den Konflikt gutgeschrieben werden. In Bezug auf die Beihilfsfrage wurden als Zusatz zum Tarif bestimmte Zusicherungen gegeben, um endlich eine tariflich festgelegte, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Beihilfsliste zu bekommen. — Die Anzahl der Arbeitslosen in unserm Gewerbe war im Mai etwa 10 Proz. — ohne die vom Konflikt Betroffenen. Am 8. August fand eine Abstimmungsverammlung der Dslo-Typographen statt, die sehr gut besetzt war. Der Vorsteher des Oslo-Bereichs sprach für Ablehnung des Vorschlages, der auch von 10 der 12 Mitglieder des Tarifausschusses zur Ablehnung empfohlen war. Der Vorsitzende des Verbandes sprach für Annahme des Vorschlages, indem er auf die ökonomischen Schwierigkeiten eines fortgesetzten Kampfes aufmerksam machte. Mehrere Redner aus der Verammlung sprachen noch für Ablehnung. Es war keine Opposition, die sich zum Wort meldete. Es muß mit einer großen Mehrheit für die Ablehnung des Vorschlages gerechnet werden. — In Schweden, wo im ganzen auch große Arbeitslosigkeit herrscht (17,5 Proz. der organisierten Arbeiter), betrug die Anzahl der Arbeitslosen im Buchdruckerwerke Ende April dennoch nur 4,7 Proz., gegen 5 Proz. im vorhergehenden Monat. Die große Arbeitslosigkeit hat die Frage der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung aktuell gemacht. Auch das schwedische Verbandsorgan „Typograf-Tidning“ behandelt das Thema eingehend in einem längeren Leitartikel.

Spanien. Das Madrider Amtsblatt veröffentlichte im Verfolg der am 1. Mai d. J. erfolgten vorbeschloßenen Ratifizierung des auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 beschlossenen Abkommens über den Achtstundentag ein Dekret vom Arbeitsministerium vom 1. Juli sowie ein Verordnungsdekret vom 3. Juli über die Durchführung des, wie das Dekret hervorhebt, schon seit 1919, und zwar vor Washington eingeführten Achtstundentages. Das Dekret paßt die spanische Gesetzgebung dem internationalen Abkommen an. Besonders hervorzuheben ist, daß im allgemeinen die Arbeitszeit acht Stunden täglich nicht überschreiten darf. In Fällen, in welchen sich die genaue Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit nicht durchführen läßt, kann in Übereinstimmung mit der zuständigen Schlichtungskammer eine andre Einteilung der Arbeitszeit erfolgen, diese soll aber keinesfalls neun Stunden täglich übersteigen unter Einhaltung einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind Direktoren und Beamte in leitenden Stellungen, Hausangestellte und Hausmeister, Feldhüter oder vorübergehend zur Überwachung von Ernteträgern angestellte Wächter sowie Viehhüter und Viehpfleger auf dem Lande. Die Schlichtungskammer ist ermächtigt, überstunden für dringende Arbeiten zu genehmigen, und zwar bis zur Höchstgrenze von 50 Stunden in einem Monat und 120 Stunden in einem Jahr, bei Frauen darf die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen. Die überstunden müssen bei männlichen Arbeitskräften mit einem Mindestzuschlag von 25 Proz. für Nachtarbeit und von 40 Proz. für Sonntagsarbeit bezahlt werden. Bei weiblichen Arbeitskräften beträgt der Zuschlag in allen Fällen 50 Proz. Für Kinderjährige bis zu 16 Jahren sind überstunden verboten. Übertretungen dieses Gesetzes werden mit einer Geldstrafe von 25 bis zu 200 Pesetas geahndet. Die Entscheidung hierüber steht den Schlichtungskammern bzw. den Inspektoren des Arbeitsgerichts zu. Für landwirtschaftliche Arbeiten, wie Einbringung der Ernte, Bekämpfung von Schädlingen, Viehhaltung und mit der Landwirtschaft verbundene Industrien, wie z. B. Milchverarbeitung, Herstellung von Wein und Obstwein, sind besondere Abmachungen gestattet. Für den Bergbau, für Arbeiter in Steinbrüchen usw. wird in Kapitel III des Gesetzes je nach Art der Beschäftigung eine tägliche Arbeitszeit von 7 bzw. 8 Stunden festgelegt. Kapitel VI enthält besondere Bestimmungen für die Schifffahrt. Kapitel VII behandelt die Eisenbahnbeamten und Angestellten, für welche im allgemeinen der achtstündige Arbeitstag gilt, für Lokomotivführer mit einer 14stündigen Ruhepause. Den Schlichtungskammern und den Inspektoren des Arbeitsamtes werden weitgehende Befugnisse erteilt.

Das Problem der Goldwährung

Krißt man die Tragfähigkeit unsres Geldsystems, des Systems der Goldwährung, so zeigten sich die Unzulänglichkeiten dieser Einrichtung in den letzten Wochen mit aller Deutlichkeit.

Die Goldwährung erfordert zweierlei: einmal müssen die Banknoten, die vom zentralen Noteninstitut in den Verkehr gebracht werden, zu einem bestimmten Prozentsatz mit Gold (teilweise auch mit Devisen, das sind ausländische Zahlungsmittel) gedeckt werden, zum andern ist die Reichsbank verpflichtet, für Zwecke der Zahlungen an das Ausland den inländischen Schuldnern Gold gegen Banknoten zur Verfügung zu stellen. Diese beiden Verpflichtungen sollen die Bekandtheit des Geldes verhilfen und verhüten, daß das Inlandsgeld (von der Geltsche her, das heißt abgesehen von der Schwankungen, die vor der Warenfeste kommen) entwertet wird. Diese Wirkung wird zum Teil dadurch erreicht, daß die Bindung der Banknotenausgabe an eine Deckung der unbedingten Vernehmung der Notenausgabe einen Niegel vorsetzt. Die Einschränkung der Banknotenausgabe soll Preissteigerungen, die zur Geldentwertung führen, verhindern. Das ist wohl eine kostspielige und unzulängliche Bremse, auf die jedoch mangels eines Besseren nicht verzichtet werden kann. Zum andern verbietet die Einföhrungspflicht der Reichsbank die Geldentwertung gegenüber dem Ausland

dadurch, daß die inländischen Schuldner im Notfall ihre Schulden in Gold bezahlen können. Der Preis des Goldes steigt für allemal sowohl im In- wie im Ausland fest. Wenn die Beschaffung des Auslandsgeldes dem Schuldner zu teuer kommt, weil der Wechselkurs gegenüber dem Ausland sich ungünstig gestaltet, so bezahlt er statt mit Auslandsgeld mit Gold, das er von der Reichsbank kauft. Es muß schon eine erhebliche Verschlechterung des Wechselkurses eintreten, damit der Schuldner zu diesem Mittel greift, da zum festen Einkaufspreis des Goldes noch die Kosten des Transports und der Versicherung hinzukommen. Nun ändert sich der Wechselkurs Tag für Tag, je nachdem, wie die Schulden und Forderungen der deutschen Wirtschaft sich tagtäglich gestalten. Wenn das Ausland deutsche Ausfuhr bezahlt, in Deutschland Wertpapiere kauft oder aber den deutschen Banken, Unternehmungen und der öffentlichen Wirtschaft kurz- oder langfristige Kredite gibt, entfaltet es Nachfrage nach deutscher Mark bzw. bietet es ausländische Zahlungsmittel an. Umgekehrt entsteht aus der Bezahlung der Einfuhr, aus der Tilgung und Verzinsung der Auslandsschulden, aus Übertragung von Reparationszahlungen, aus Rückzahlung von Auslandskrediten, aus Kapitalflucht (vielfach verbunden mit Ankauf fremder Wertpapiere), eine Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, ein Angebot in deutscher Mark. Das Verhältnis der tagtäglich fälligen Schulden und Forderungen bestimmt nun den jeweiligen Wechselkurs, zu dem ausländische Zahlungsmittel zu beschaffen sind. Dieser Wechselkurs kann sich im Falle des Überwiegens der Forderungen des Auslandes so stark zu unsern Ungunsten verschlechtern, daß die Schuldner statt mit Wechseln mit Gold bezahlen, das sie bei der Reichsbank beschaffen können. Gold muß vom Land abströmen. Dauert das Abströmen lange Zeit und erfolgt es in großen Mengen, so können daraus erhebliche Gefahren zunächst für die Wirtschaft des Landes, dann aber im äußersten Falle auch für dessen Währung entstehen. Nimmt der Goldvorrat ab, so verringert sich dadurch die Deckung der Banknoten. In diesem Falle ist nun die Reichsbank gezwungen, ihren Banknotenumlauf zu verringern, entweder durch Diskont-erhöhung oder aber, wenn das nicht hilft, durch die noch drastischere Maßnahme der Kreditschränkung und Aufnahme (Kreditrationierung). Da die Einschränkung des Banknotenumlaufs auch die Verminderung der von den privaten Banken gewährten Kredite zur Folge haben muß, bedeutet sie eine allgemeine Kreditschränkung mit ihren schweren Folgen für Produktion und Beschäftigung. Im äußersten Falle kann jedoch ein solch andauerndes und starkes Abströmen von Gold auch die Währung gefährden, falls nämlich der Goldvorrat so weit zusammenschrumpft, daß die Reichsbank ihrer Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten in Gold zur Bezahlung von Auslandsschulden nicht nachkommen kann. Damit dieser Fall nicht eintreffe, muß man auf die Gegenkräfte rechnen, die es normalerweise bewirken, daß das gestörte Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Das soll durch zweierlei Vorgänge erfolgen: Einmal soll durch die Erhöhung des Diskontsatzes das ausländische Kapital Anreiz für die vermehrte Ausfuhr von Kapitalien zur Ausnützung der Zinsdifferenz erhalten, zum andern soll das Ausland mehr Waren vom Land, aus dem das Gold abströmt, kaufen, da in diesem infolge der Kreditschränkung die Preise sinken müssen. Aus diesen Vorgängen sollen nun vermehrte Forderungen des Landes, das das Gold verlor, an das Ausland erwachsen, in unserm Falle also eine vermehrte Nachfrage nach deutscher Mark, vermehrtes Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln, die den deutschen Wechselkurs so lange verbessern sollen, bis die ausländischen Schuldner statt mit Auslandsschwechseln lieber mit Gold, das sie bei ihren Noteninstituten beschaffen können, zahlen. Auf diese Weise strömt das Gold in das Land, das es verlor,



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Ignaz Wisniewsky in Breslau
Eingetreten: 14. August 1881 — Jetzt 50-jährig



in unserm Falle nach Deutschland, zurück. Es kommt nun darauf an, ob dieser Mechanismus heute funktioniert bzw. funktionieren kann.

Das Abströmen großer Goldmengen aus Deutschland, bereits zum drittenmal in zwei Jahren, beweist es zur Genüge, daß dieser Mechanismus heute nicht ausreichend funktioniert. Für das Versagen dieses Mechanismus sind mannigfaltige Ursachen verantwortlich, auf die wir hier nicht eingehen können. Nur das Entscheidende soll hier gesagt werden, die Tatsache nämlich, daß dieser ganze Mechanismus des Goldausgleichs nur gedacht ist, um Spitzenbeträge, die sich aus dem internationalen Waren- und Kapitalverkehr ergeben, jeweils zu begleichen. Wenn aber ein Land, wie Deutschland, nach Abdeckung seiner Handelsbilanz noch Milliardensummen an Reparationen und an Anleihezinssen zu übertragen hat, darüber hinaus und auch als Folge dieses Zustandes Milliardensummen kurzfristiger Auslandskredite im Land unterhalten muß, die jeden Augenblick gefündigt und vom Land zurückgezogen werden können, so kann offenbar der Goldvorrat der Reichsbank, so groß er auch an sich und im Hinblick auf den Banknotenbedarf der Wirtschaft sein mag, nicht mehr die ihm zugeordnete Funktion erfüllen. Er kann weder zuverlässig verhüten, daß die Reichsbank ihren ganzen Goldvorrat oder dessen größten Teil plötzlich verliert, noch die Entlösung der Wirtschaft an Kredit verhindern. Es können sich jene Gegenkräfte, die oben erwähnt wurden, angesichts der Größe der Summen, die dem Ausland übertragen werden müssen, nicht auswirken. Ist es doch ganz unmöglich, die Ausfuhr plötzlich derart zu steigern, daß daraus der Gold- und Devisenverlust wegbemagert werden kann, und wenn Kredite in Milliardensummen vom Land abgezogen werden, so wird es ebenwenig möglich sein — selbst wenn man den Zinsfuß noch stark erhöht —, für diesen Verlust in kurzer Zeit Ersatz durch Aufnahme von neuen kurzfristigen Auslandsanleihen zu beschaffen. Dies um so weniger, da dieser plötzliche Abzug von Auslandsgeldern entweder erfolgt, da die ausländischen Geldgeber diese Summen in ihrem eignen Land dringend (gewöhn-

lich für Vorfällen) nötig haben, oder aber, weil ihr Vertrauen zum kreditnehmenden Land dahinschwand. In keinem der beiden Fälle ist damit zu rechnen, daß das abgewanderte Gold in das Land bald zurückfließt. Das Goldwährungssystem ist eben, wie oben ausgeführt wurde, nur für einen Spigenausgleich gerichtet und es kann ihm daher eine solche Belastung, wie sie jüngst in Deutschland zutage trat, nicht zugemutet werden. Wenn deshalb die Entspannung der deutschen Lage neben den günstigen psychologischen Wirkungen des Hoover-Plans nur so erfolgen konnte, daß die ausländischen Notenbanken Deutschland einen Betrag von 100 Millionen Dollar zur Verfügung stellten, so war das eine Selbstverständlichkeit. Sollte die Goldwährung unter den geschilderten Verhältnissen funktionieren, so ist überhaupt die enge Zusammenarbeit der Notenbanken erforderlich, die eben die Verpflichtung übernehmen müssen, im Falle eines starken Abströmens von Gold dem betreffenden Land an Stelle des privaten Kapitals Kredite zur Verfügung zu stellen, und zwar nicht nur für ganz kurze Zeit, sondern solange es diese zur Wiederherstellung des Gleichgewichts benötigt.

Während also das System der Goldwährung in wichtigen Punkten verbesserungsbedürftig ist, wenn es seine Funktion erfüllen soll, so vermindert man häufig auch den radikalen Ruf nach „Abkehr von der Goldwährung“ überhaupt. Die Bewegung: „Los von der Goldwährung“, wurde von Jugenberg eingeleitet, sie wird von den Nazis eifrig unterstützt, scheint aber auch in andre Kreise Eingang gefunden zu haben. Die Loslösung der Mark von der Goldwährung würde die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zerstören, es von der Weltwirtschaft loslösen. Ihre Anhänger würden durch die Loslösung der Mark eine Inflation größten Umfangs in die Wege leiten, deren verhängnisvolle Wirkungen vielfach bereits vergessen wurden. Wäre Deutschland ein sozialistisches Land, so könnte eine solche Loslösung der Währung, wenn auch mit stärksten Opfern für die Verbraucher, denen große Entbehrungen auferlegt werden müßten, durchgeführt werden. In einem kapitalistischen Land dagegen müßte sie eine bodenlose Verelendung und — vielleicht nach vorübergehender Belebung der Beschäftigung — eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. W. J.

Korrespondenzen

F. T. Berlin. In der Gaugenerversammlung am 22. Juli im Berliner „Gewerkschaftshaus“ erhaltete unser Gauvorsteher Robert Braun den Bericht für das zweite Quartal 1931, welches er als ein der wechselvollsten und schwärzesten für den Berliner Gau bezeichnete. Wir erleben die Fortdauer der großen Arbeitslosigkeit mit der ungeheuren Inanspruchnahme der Klassen, dann die vorübergehende Besserung der Arbeitsmarktlage und anscheinend Erreichung des Tiefpunktes. Danach jedoch abermals Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die sich durch Betriebseinschränkungen, Stilllegungen und Kurztage auswirkte, wodurch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit stark in die Höhe gingen. Trotzdem erhöhte sich die Mitgliederzahl um 59 auf 16 181. Am 1. April waren 1055 Konditionslöse auf dem Radweiss eingetragten. Diese Zahl sank am 29. Mai auf 3770, um am 17. Juli wieder auf 4170 hinaufzuschwellen. Aus der Gaukasse erhielten im Juni 1813 Ausgehüllene 46 325 M. Extratraktierung (monatlich 25 M.). Im letzten halben Jahr wurden für diesen Zweck 254 475 M. verausgabt; seit September 1929: 589 000 M. Alle Freunde, bei den in Frage kommenden gemeinnützigen Betrieben durch Einführung der 5-Tage-Woche Neueinstellungen zu ermöglichen, scheiterten entweder an dem Fehlen von Aufträgen — oder an der Unfähigkeit der Firmeneleiter. Die vom Reichsarbeitsministerium veranfaßten Verhandlungen zwischen den Vertretern der graphischen Berufe blieben resultatlos, weil sich unsere Unternehmer weigerten, einem Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit zuzustimmen und weil sie außerdem jede zwangsweise Einstellung Arbeitsloser ablehnten. Am 21. August sollen nun neue Verhand-

Der Arbeitslose

Erdbeidend heiß lastet die Hochsommerhitze auf den gepeinigten Menschen. Die Sonne hat bereits ihren Höhepunkt überschritten und diesem Augusttage zur Siebzigste verholten. Anten in der Stadt werden gerade die Pforten der Volkstische geschlossen. Hoch oben aber, auf den Bergen, liegt er immer noch mit knurrenden Magen; er hat dies ganz vergessen, der junge wettergebräunte Geselle. Er will nicht mehr zurück in dieses Glend, will nicht mehr „Schlange“ sein. Denn er weiß und hat es erlebt, jeder Schritt vorwärts in dieser Schlange bedeutet einen Schritt ins Abgestumpftwerden, ins Gleichgültige, ins Depremiertwerden, ja, es bedeutet einen Schritt weiter hinein in das Glend, von wo es in absehbarer Zeit kein „Zurück“ mehr gibt.

Heute hat er seiner Logiswirtin erklärt, daß er ausziehen wird. Was das nicht vorzeitig gehandelt? Nein, sie behandelte ihn, seit er arbeitslos ist, wie einen Menschen „zweiter Klasse“ und in der Bude erstickt er im Staube. Keinen Tag mehr will er bleiben. Hätte er nicht doch noch vier Wochen warten sollen? Dann würde es sich entscheiden: In vier Wochen ist der Bezug von Krisenunterstützung erschöpft und im „Briefkasten“ der Zeitung hat man ihm bereits geantwortet, daß er am Orte wohl keine Wohnfahrtsunterstützung erhält. Also, was dann? Auf Wanderschaft gehen, sich durchs Leben betteln. Wer gibt aber heutejutage noch einem arbeitslosen Bettler ein Almosen? — Er will Arbeit! Er hat die besten Zeugnisse. Alles würde er tun; aber hat er nicht gehungert, um all die Stellenanzeigen bezahlen zu können? An Arbeit ist nicht zu denken, er verlernt all seine Fertigkeiten und Kenntnisse.

Doch, er könnte ja zu seinen Eltern zurückgehen. Alle wundern sich darüber, daß er das nicht macht. Diese sind doch für ihn unterhaltungspflichtig. Wie das klingt: „unterhaltungspflichtig“. Der Vater bezieht nur Rente. Die Brüder sind arbeitslos und Kurzarbeiter. Dem Vater hat man aber ausgerechnet, er kann noch einen Sohn ernähren. Er soll billigere Wohnung mieten, soll einteilen und noch mehr sparen. Verlust! Warum erhält Vater nicht zehn Mark weniger, dann wäre er doch nicht mehr „unterhaltungspflichtig“. Wohin soll er nun, kann er nach Hause, soll er auf Wanderschaft gehen, wird ein Wunder geschehen und gerade er wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden; wohin, wohin? Diese Fragen beschäftigen seine Gedanken. Im Ohr klingt es dumpf: Winter, Hunger, Brot, Kohlen, Kälte, Arbeit, Gerechtigkeit. Fiebrig arbeiten seine Sinne. Er rückt den Braten der Satten. Nur schmecken tut er nichts. Die gährende Leere seines Magens schmerzt ihn und die krampfhaften Zustungen lassen seinen Körper erschaffen.

Lange muß er so gelegen haben, bis ihn der aus der Stadt aufsteigende, ferne Lärm zum Bewußtsein brachte. Dort unten geht es jetzt besonders lebhaft zu. Durch Grenzgebühren ist es gelungen, die vergnügungssüchtigen Urlauber in diese Fremdenstadt zu ziehen. Autos hupen, Schiffssirenen ertönen und über der Stadt liegt jenes Getrüb, das dem Fremdenverkehr eigen ist. Die Sonne ist schon untergegangen. Nichter bligen auf. Von allen Seiten ertönt Musik. Von ferher aus der Stadt schillen die Töne einer Jazzkapelle; das Saxophon heult die Ballade des Glends. Von der nahen Bergwirtschaft ertönt der Kaufprecher einer Radioanlage. Wohl ein Staatsmann spricht: „... fremde Hilfe erfährt nur der, der sich selbst zu helfen weiß...“ Das verrinnt die Zeit. Es

wird Nacht. Immer wieder schreit das Saxophon: „Ver- änge nicht!“

Oben auf den Bergen liegt ein Arbeitsloser. Seine Kräfte haben ihn verlassen. Er ist jung, kraftvoll, war geistig rege; ihn braucht man nicht mehr, er ist überflüssig. Wird man ihn finden, wird man ihn misßen? So klang die geschwächte Stimme in seinem Kopfe. Und, wäre noch ein Mensch da oben gewesen, der hätte sein Leiden gehört. „Sch will leben!“ So klang es durch die Nacht und dann herrschte feierliche Stille.

Ein Arbeitsloser. — Millionen Arbeitslose! Sie haben Frauen und Kinder. All deren Schrei verhallt ungehört. K u r i, M h m.

Arbeiterchuck in Kanada

Vor mehreren Jahren hielt ich mich in Winnipeg in der Provinz Manitoba in Kanada auf. Ein Arbeitermittler suchte gerade Erntearbeiter, und bei dem meldete ich mich. Mit noch sechs Kameraden, alles Deutschrußen, fuhr ich mit der Eisenbahn hinaus in die Prairie nach der etwa 20 Meilen entfernten Arbeitsstelle.

Mehrere polnische Weizenfarmbesitzer besaßen gemeinschaftlich eine Dreifachmaschine, und bei diesen fanden wir Arbeit. Es wurden 2½ Dollar Lohn den Tag und freie Verpflegung vereinbart. Wir bedienten die Dreifachmaschine und fuhrten mit dieser von Farm zu Farm. Als die Arbeit beendet war und jeder von uns 80 Dollar verdient hatte, wollten wir unser Geld haben. Aber kein Farmer wollte uns bezahlen und einer schob es auf den andern.

Ich nahm deshalb an, daß sie uns als unerfahrene Leute betrügen wollten und begab mich zu dem zuständigen Scherif, nach dem zwei Stunden entfernten Städtchen

lungen stattfinden. Der Berliner Gauvorstand wird der Einführung der 40-Stunden-Woche ohne jeden Lohnausgleich und vor allem ohne Zwangseingetragene nicht zustimmen. — Einzig sind die Unternehmer mit uns in der Befähigung der Vorberordnungen der Brüning-Regierung; nur ziehen sie am andern Ende des Striches; sie gehen ihnen nicht weit genug. In einem Mitteilungsblatt des Vereines der Berliner Buchdruckerzeitung heißt es dazu unter anderem: „Die Vorberordnung turlet die Symptome, socht aber nicht das Ubel an der Wurzel. Wir vermögen den Willen, dem Arbeitgeber wieder die entsprechenden Rechte einzuräumen, die seiner Verantwortung Staat, Volk und Arbeiter gegenüber entspricht. Wir vermögen den Willen zur Abkehr von allen Experimenten halbstaatlicher Art, die eine Vergütung darstellen von Privatwirtschaft und staatlicher Verantwortung (Kollektive).“ In seinen weiteren Ausführungen ging Kollege Braun dann auf das „soziale Verhältnis“ einiger Unternehmer ein, die kurzarbeit einführen, um die Entschädigung der Ferien zu beschneiden. Scheinurlagen werden durchgeführt, um das alte, besser bezahlte Personal zu entlassen und neues zu geringerer Lohn einzustellen. Der Abbau der Leistungszulagen, der wiederholt verkehrt wurde, konnte in den meisten Fällen abgewehrt werden. Bei Paß & Garbe war die Gesamtbefähigung von 300 Köpfen gekündigt worden, weil alle libertarischen Löhne auf das Minimum gesenkt werden sollten. Die Firma mußte jedoch ihre Kündigungen bedingungslos zurücknehmen, weil die Eingetragene der Belegarbeit fäher war. Im April ist, angeschlossen von nationalsozialistischer Seite, ein „deutscher Erwerbslosenverband“ gegründet worden, der sich in einem Rundschreiben an die Unternehmer zur Vermittlung von Arbeitskräften unter Außerachtlassung aller bestehenden Löhne und Tarife anbietet. Daß die RWD, trotz zehntausender Flugblätter und vieler — wenn auch leerer — Versammlungen bei den Betriebsräteversammlungen einen so geringen Erfolg hatte, beweist nur, daß ihre Parolen auf unsre Kollegen keinen Einfluß haben. Es liegt aber in der Linie und Taktik dieser Gewerkschaftselnde begründet, daß sie einmal ihren eignen Laden aufmachen müssen. In einer Versammlung am 13. April wurde den Mitarbeitern der RWD, mitgeteilt, daß die neue Organisation „Industrieverband der Graphiker, RWD“ perfekt sei. Als Wochenbeitrag wurde 1,40 M. vorgeschlagen. Das „Gewerkschaftshaus“ dieser Leute befindet sich in den Schlaraffia-Sälen in der Entsestraße. Worerst nennt man sich jedoch beiderseits „Klub des Graphischen Bod, Berlin“. Als Reichsleiter ist der Drucker Bruno Maslow aus der Citydruckerei („Rote Fahne“) ernannt, der sich zur Zeit auf einer Reise nach Moskau befindet. Weil sich nun der Gauvorstand gegen diese Organisationszertifikate wenden muß, sind 23 Ausschüsse vollzogen worden, die von der Generalversammlung zu beauftragten sind. Von den Ausschüssen haben einige eine recht traurige Rolle gespielt, so z. B. Betriebsräte mit hohen Summen angepumpt; einer hat als Arbeitslosler schwarz gearbeitet, und als man ihn dabei erwischt, in der gefesterten Druckerei der „Roten Fahne“ angefangen, wo wöchentlich 64 Stunden gearbeitet wird. In der Berichtszeit, so führte Kollege Braun zum Schluß aus, haben wir auch einige erfreuliche Momente zu verzeichnen. Ein Prozeß gegen die „Germania“, die aus tendenziösen Gründen unsre Mitglieder entließ und Wandler bezog, wurde in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen. Die vom Tarifschiedsgericht Berlin als gemäßigter anerkannt acht Kollegen müssen wieder eingestellt werden. Die Beteiligung an der Waisfeier war gut und waren keinerlei Nachfragen zu verzeichnen. Die Geldsammlung der letzten Zeit ließ uns unberührt; da die Arbeiterbank außerordentlich gut und leicht fundiert ist, haben wir das angeforderte Geld rechtzeitig erhalten und reibungslos ausbezahlen können. Die notwendig gewordene Beitragserhöhung hat bewiesen, daß die Solidarität unsrer Arbeitslosen gegenüber und die Treue zur Organisation unbegrenzt ist in diesen bitteren Zeiten, denn keine zwei Dutzend von über 10.000 Mitgliedern haben deswegen ihren Austritt erklärt, von denen nach Belegung ein Teil den Austritt rückgängig machte. Dieses kollegiale Verhalten wird ein Nummernblatt der Verbandsmitglieder für ewige Zeiten sein! — Zu der Diskussion polemisierte Kollege Hugo K r o s a n s gegen die Vorberordnungen. Er legte eine Resolution von 60 Schreibrainmachern vor. Darin wird unter anderem erklärt, daß der deutsche Kapitalismus in seinen Grund-

festen erschüttert sei. Die vom Bundesauschuß des ADGB vertretene Auffassung, daß die deutschen Gewerkschaften der einzig reale Faktor seien, auf den sich die Kreditwürdigkeit Deutschlands gründen kann, sei abzulehnen. Gestützt auf die Macht des organisierten Proletariats müssen Kontrollorgane der Produktion geschaffen werden, welche die Leitung der Großfabriken, Großindustrie und Handelsbetriebe durchführen. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne und Gehälter sei vorzunehmen. Der Gewerkschaftsfortschritt müsse die Forderungen durchsetzen. In den Betrieben und Stempelstellen sei die einheitliche Kampffront für die obigen Forderungen zu bilden und die Kampforgane zur Leitung des Kampfes zu schaffen. Die größtmögliche parteipolitischen Ausschließungen des Kollegen Urbahn wurden mit stürmischer Heiterkeit und Zurufen aus der Versammlung beantwortet. Kollege August M i e m a n n wandte sich gegen die Bandwurmlösung Urbahns, der uns mit einem kühnen Subjekt zur Niederlage führen wolle. Durch den Wahlerfolg der Nazis am 14. September sei die Wirtschaftskrise verschärft worden, weil das Ausland deswegen die Kredite zurückgezogen habe. Die Ausschüsse der RWD-Leute seien zu begrüßen. Von Urbahns trenne uns eine Welt. Kollege Daniel E n g e l e r sprach für die Annahme der Resolution und gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß einige Kollegen bei der Rede Urbahns gelacht haben. Es sei selbstverständlich, daß wir Lohnzulagen fordern müssen, weil wir durch die Krisenfeuer und ähnliche Dinge neue Belastungen übernehmen haben. In keinem Schlüsselwort bedauerte Kollege B r a u n , daß eine Belegschaft einen Kollegen zur Generalversammlung delegierte, der nur eine sehr kurze freigewerkschaftliche Mitgliedschaft, wie Urbahns, aufzuweisen habe. Dieser habe die Hamburger Arbeiterbewegung im Jahre 1923 in einen sinnlosen Putz verwickelt und dadurch viele Arbeiter unglücklich gemacht. Die deutschen Gewerkschaften helfen dem Kapitalismus nicht, wie behauptet wird, der Lohnempfänger braucht aber seinen Lohn und ist weder für einen Generalstreik noch zum Barrikadenbau zu haben, wobei auf das Beispiel Italiens im Jahre 1919 hinzuweisen sei, wo heute der Faschismus triumphiere. Über die Resolution wurde gegen eine 20 Stimmen auf Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Sodann wurden 26 Mitglieder einstimmig ausgeschlossen. Bei stark geladener Versammlung erläuterte dann noch Kollege Max W e i s e r die Ausstellung des Bildungsverbandes, die im Saal 5 des „Gewerkschaftshauses“ untergebracht war.

Braunshweig. (Drucker.) Die außerordentliche Versammlung am 17. Juli in Braunshweig hatte sich das Thema „Der Kampf gegen die Sparten“ gestellt. Der Vorsitzende führte in seinem Vortrag aus, daß es einfach unerbötlich sei, in solch einer schweren Zeit, wo alle Arbeitererichtungen schwer genug zu kämpfen haben, einen Kampf gegen die so vorzüglich aufgebauten Bildungseinrichtungen der Sparten zu führen. Wir haben heute wirklich Besseres und Nützlicheres zu tun als unter eignen Fortbildungseinrichtungen zu zerfallen. Und haben die Artikelredakteur geglaubt, daß danach alles frohen Mutes zum Bildungsverband überläßt? Wir glauben eher, daß der Bildungsverband durch diese Attacke selbst Schaden erleidet. Die Sparten sind heute nötiger denn je. Der Verband selbst hat Wichtigeres zu tun, er kann sich nicht mit Spezialfragen aller Sparten befassen und darf froh sein, einen Stab von Spartenfunktionären zu haben, der aus reinem Idealismus für die Fortbildung und gewerkschaftliche Kleinarbeit eintritt. An dieser Versammlung nahmen sämtliche Spartenvorstände sowie Vertreter des Bildungsverbandes teil. Sämtliche Redner traten für Erhaltung der Sparten ein und machten den Bildungsverband für die Artikel mitverantwortlich. Nur ein Redner glaubte den Verbandsvorstand belasten zu müssen, was aber vom Vorstand zurückgewiesen wurde. Der Vertreter des Bildungsverbandes bedauerte ebenfalls den vom Jahr gezeichneten Disput, nur der Bezirksvorsitzende glaubte, seinen Spartenaufstellungsantrag wieder aufzunehmen zu können! Eine einstimmig angenommene Entschädigung hält die Sparten nach wie vor für dringend nötig und lehnt es ab, jemals in den Bildungsverband aufzugehen. Unter „Technischem“ wurde noch die Mißlie Bertalk beprochen und ferner wurde beschlossen, im August den Arbeitslosen aus Anlaß des 35jährigen Bestehens 3 Mark extra zu zahlen.

Duisburg. Über das jetzige Thema „Volk und Staat“ referierte am 18. Juli in einer vom Ortsverein Duisburg im Verband der Deutschen Buchdrucker abgehaltenen, stark besuchten M i t g l i e d e r v e r s a m l u n g ein Kollegepräsident Dr. h. c. M e y e r (Duisburg). In 1 1 / 2 stündigen, interessanten Ausführungen verstand es der Redner, alle Fragen, die heute Volk und Staat bewegen, eingehend darzulegen. Die letzten Zeitgeschehnisse besonders behandelnd, beleuchtete er das demagogische Treiben derjenigen von rechts und links, denen gerade die heutige wirtschaftliche Not willkommen ist, um Verwirrung in die Reihen der breiten Volksschicht zu tragen und so ihr Ziel, die Zertümmung des demokratischen Staates, zu erreichen. Der Arbeiter muß sich bewußt sein, daß er in der Republik als Staatsbürger mitarbeiten muß, damit die Autokratie gewöhnlicher Menschen nicht das demokratische Gefüge zerstört. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß als das starke unerschütterliche Bollwerk, an dem das Fortschrittswert scheitert, muß jedem einzelnen als Notwendigkeit einleuchten. Zwar sind die heutigen Notzeiten vielfach nicht dazu angetan, um bei allen ohne Ausnahme solche Erkenntnis zu wecken. Den Ruf zur Einigkeit in der Arbeiterchaft zu betonen, ist daher heute notwendiger denn je. Die sich dem vollen Ernst der gegenwärtigen Zeit bewußte, aber von ebenso entschlossenem Kampfwillen für die Verteidigung der demokratischen Republik befeuerte Versammlung ging mit dem Referenten in allen Punkten konform. Reichhaltiger Beifall war der äußere Dank der aufmerksamen Zuhörerchaft an den Redner.

Frankfurt a. d. Oder. Die ordentliche M i t g l i e d e r v e r s a m l u n g im Juli war sehr schwach besucht. Der Vorsitzende, Kollege P a s c h e , drückte sein Bedauern darüber aus, daß trotz wichtiger Tagesordnung die Kollegen so wenig Interesse am Verbandsleben zeigen. Beschlossene Artikel der „Saumittelungen“ wurden vorgelesen und den Kollegen zur Beachtung empfohlen. Den Klassenbericht gab Kollege W a n t e l. Für gewissenhafte Klassenführung wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Punkt der Tagesordnung „Anschließung der Entschädigungen“ führte eine ausgedehnte Debatte herbei. Der Vorschlag des Vorstandes, sämtliche Entschädigungen

um 20 Proz. abzubauen, wurde mit einigen kleinen Änderungen von der Versammlung angenommen. Bisher erhielten die Betriebsräte pro Beitrag 2 Pf. Ab 1. Juli bekommen Betriebsräte bis zu 10 Kollegen keine, von 11 bis 25 Kollegen 1 Pf. und ab 26 Kollegen 1 1 / 2 Pf. Entschädigung. Das Jahrgeld von 1 M. für Vorstandsmitglieder, Kartelldelegierte, Fachschulabende, Klassenrevisionen u. a. wurde um 20 Proz. gekürzt. Das Jahrgeld für arbeitslose Mitglieder, die an den Ortsvereinsversammlungen teilnehmen, wurde auf 1 M. belassen. Sollte laut Anwesenheitsliste wieder festgestellt werden, daß einige Kollegen die Versammlungen nur wenn sie arbeitslos sind besuchen, so wird denen das Jahrgeld gekürzt oder gestrichen werden. Das Ortsgericht für ausgetretete oder nichtbezugsberechtigte Durchreisende ist von 75 Pf. auf 50 Pf. herabgesetzt worden. Auf Grund dieses Abbaues wird der Beitrag ab 1. Juli um 10 Pf. ermäßigt. Vorstehende Änderungen sind bis zur Generalversammlung im Dezember gültig. Die Versammlung legt die angenehme Hoffnung, daß vorstehende Forderungen der Entschädigungen in höheren und höchsten Verzinsungen der Organisation Anfang und freudige Nachahmung finden möge. Unter „Beschließungen“ wurde den Freien Turnern auf Antrag 10 M. zum Reichtagstag bewilligt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Viegnitz. Am 12. Juli fand in Viegnitz eine Vertretertagung der Schließlichen Buchdrucker-Sängergemeinschaft statt, die von Viegnitz, Breslau, Görlitz, Breg und Binslau besucht war. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses Willi K ö n i g (Viegnitz) eröffnete die Tagung, bedauerte das Nichterscheinen der ober-schließlichen Vertreter und widmete dem verstorbenen Vorsitzenden des Buchdrucker-Sängerevereines „Typographia“ Gleiwitz, Kramer, einen warmen Nachruf. Es folgte die Abrechnung und Ausprache über die beiden vorausgegangenen Sängertage 1926 in Breslau und 1929 in Viegnitz. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung die Abhaltung des 4. Schließlichen Buchdrucker-Sängertages 1932 in Görlitz. Hierzu lag ein Antrag des Sängerevereines „Gutenberg“ Breslau vor, der eine Verlegung des Sängertages auf das Jahr 1934 forderte, wegen allzu schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse. Diefem Antrage wurde einstimmig beipflichtet und als Ort für die Abhaltung des Sängertages 1934 je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse entweder Görlitz oder Breg bestimmt. Es wurde ferner beschlossen, auch graphische Sängerevereine unsrer Sängergemeinschaft anzuschließen, sofern ihre Mitglieder restlos freigewerkschaftlich organisiert sind. Die Vertreter legten nun in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuß Richtlinien für letzteren fest, nach denen der geschäftsführende Ausschuß in Zukunft die Interessen der angeschlossenen Vereine zu vertreten hat. Der geschäftsführende Ausschuß legte den Vertretern einen Entwurf für neue Statuten der Schließlichen Buchdrucker-Sängergemeinschaft vor, der eingehend beraten wurde. Nach Abänderungen seitens der Vertreter wurde beschlossen, jedem Verein ein Exemplar zuzusenden, der dann über Festlegung der Statuten endgültig an den geschäftsführenden Ausschuß zu berichten hat. Die Tagesordnung, die zu erledigen war, gab reichlich Arbeit. Führte doch die Tagung dazu, den Wert der Kollegenvereine zu erkennen. Gerade jetzt in dieser schweren wirtschaftlichen Krisenzeit zeigt es sich, daß das beste Bindeglied zur Mutterorganisation, dem Verband der Deutschen Buchdrucker, sind. Die einzelnen Ortsvereine sollten sich anlegen sein lassen, im weitestgehenden Maße zur Förderung unsrer Kollegenvereine beizutragen. Mit dem Bilde „Mann wie schreien seit an Gott“ wurde die Vertretertagung der Schließlichen Buchdrucker-Sängergemeinschaft geschlossen.

Mannheim. (S t r e o t y p e r e.) Anlässlich unsres dreißigjährigen Bestehens fand die diesjährige G a u c e n t r a l v e r s a m l u n g in den Räumen des „Bürgerbräu“ in Ludwigsbafen statt, bei der, außer den Vertretern der örtlichen Sparten, Vertreter der Bezirksvereine Mannheim, Ludwigsbafen im ADGB, sowie Gauvorsitzer Sandfort (Gau Oberhein) und ein Vertreter des Gaues Mittelrhein anwesend waren. Der Sängereverein „Gutenberg“ Ludwigsbafen brachte einen stimmungsvollen Chor zu Gehör; Vorsitzender C i l m a n n hielt alle herzlich willkommen, begrüßte besonders Kollegen Sandfort sowie Herrn Oberingenieur Fritz von der Maschinenfabrik König & Bauer in Würzburg. Hierauf verlas der Vorsitzende die zahlreich eingelaufenen Telegramme und Glückwunschschreiben der einzelnen Gauen und Bezirke. Besonders Freude machte das Angebinde von der Leipziger Streptococcusvereinigung. Die Tagesordnung umfaßte 8 Punkte, von denen infolge wichtiger Beratungen auf Antrag der Versammlung die beiden Punkte 5 und 6 an die dritte Stelle gesetzt wurden. Zu dem Geschäfts- und Jahresbericht, der den einzelnen Bezirken gedruckt zugehört wurde, gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen. Der Bericht der Versammlungen war gut und das Interesse der Kollegen rege. Leider tritt auch die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf stark in Erscheinung. Die Mitgliederzahl bewegt sich wie folgt: Anwaliden 3, ausgetretet 3, ausgeschlossen wegen besonderer Vorkommnisse einer, jegiger Stand 97 in beiden Gauen. Sodann wurde Herr Deringer, Ingenieur & Bau von der Maschinenfabrik König & Bauer in Würzburg das Wort erteilt zu seinem Lichtbildvortrag über „Die Nooloplate-Gießmaschine“. Mit einführenden Worten zeigte der Redner den Anwesenden auf zahlreichen Bildern die einzelnen Teile, den Bau, die Zusammenlegung und Vorteile derselben in klaren Worten. Am Schluß seiner Ausführungen wurde ihm reichlicher Dank erteilt. In der darauffolgenden Diskussion betonte besonders Kollege W e i n g a n t e r die heutige mißliche Lage, die Einstellung der Prinzipale im Buchdruckgewerbe, die Neuerungen der Technik ohne die tariflichen Bestimmungen beachtend, besonders aber in den Provinz- und kleinen Druckorten. Er wies noch besonders auf den von der Fabrik König & Bauer herausgegebenen Prospekt hin, wonach die Bedienung der Gießmaschine auch von ungewohnten Arbeitern ausgeführt werden könne. Der Referent erklärte in seinem Schlußwort, daß es bestimmt nicht so aufgefaßt werden dürfe. Selbstverständlich wolle seine Firma nicht bewußt in tarifliche Sonderbestimmungen einen Keil treiben. Er werde seiner Firma anheimgeben, diesen Fallus aus dem Prospekt betreffs der Bedienung von ungewohnten Arbeitern zu entfernen. Auf einige technische Fragen in bezug auf Kesselbau und Prägepräge erteilte er noch einige Auskünfte. Am Schluß dankte der Vorsitzende für seinen Vortrag herzlich. Den Klassenbericht erstattete nun Kollege E n g e l e r in ausführlicher Weise.

Kostenort. Da meine Kameraden nicht lesen und schreiben konnten und auch nicht englisch sprachen, hatten diese mich mit der Erledigung ihrer Angelegenheit beauftragt. Der Scherif hatte mich angehört, ließ sofort einpfeifen und fuhr mit mir nach der Farm. Dort nahm er die Sache zu Protokoll und ließ es von jedem Arbeiter unterzeichnen. Da keiner der Farmer zu bewegen war, uns zu befehlen, wurde die Drehschmaschine und aller von uns angeforderte Weizen befehlsgemäß. Ein bereits mit Weizen geladener Güterwagen wurde ebenfalls befehlsgemäß und auf ein Nebengleis gefahren. Die Farmer wurden vom Scherif für den am andern Tage vor dem „kleinen Gericht“ in Winiipege stattfindenden Termin geladen.

Trotzdem die Ladung ladegemäß ausgeführt worden war, waren die Farmer nicht zum Termin erschienen. Der Richter verlas im Beisein des Scherifs das von diesem verfaßte Protokoll, ließ uns zur Bekräftigung der Wahrheit die Bibel küssen und verurteilte die Farmer zur Zahlung der 500 Dollar und zur Tragung sämtlicher Kosten und Auslagen. Dann gab uns der Richter bekannt, daß der befehlsgemäß Weizen und die Drehschmaschine sofort verkauft werden würde. Sollte der Erlös die Schuld nicht decken, so würden die Schuldner so lange zu Zwangsarbeit verurteilt, bis wir voll bezahlt seien. Durch die Zwangsarbeit verdient der Schuldner einen Dollar den Tag; ein halber Dollar wird für Verpflegung gerechnet, und die andre Hälfte bekommt der Gläubiger.

Es ist aber nicht zum Verkauf der Sachen und auch nicht zur Zwangsarbeit gekommen, denn die Farmer hatten, nachdem sie einflaßen, daß sie sich von der Verhaftung nicht drücken konnten, das Geld noch rechtzeitig an den Scherif abgeliefert. Auch die Wertetage sind uns voll ausgezahlt worden.

J. S. (Chemnitz).

Ihm wurde Entlastung erteilt. Sodann kam ein Antrag des Gaues Oberhein: Trennung des Gaues Oberhein und Mittelrhein, zur Behandlung. Die Begründung dieses Antrags ist für beide Gaue keine Neuerfindung. Schon längst wurde diese Materie in beiden Gaue behandelt. Nicht wohl, das muß festgestellt werden, aus feindselig gegnsetzten Ansichten, wie es von manchen Distriktsrednern angesehen wurde, sondern aus rein geographischen, technischen und finanziellen Gründen. Die große Verzweigung und der große Anstoss verhängende Gau Oberhein zwingen uns zu diesem Schritt. Obwohl auch von verschiedenen Rednern die lange Zusammengehörigkeit erwähnt wurde, wurde auf Antrag mit einer Gegenstimme die Trennung des Gaues Oberhein vom Gau Mittelrhein angenommen. Zur Regelung der finanziellen Frage wurde die Sache den beiden Ausschüssen überwiesen. Analog der Konjunktur der beiden Gaue wird nun das Vermögen nach Abrechnung der Diäten und Fahrgelder dem Gau überlassen. Damit fand die oft heftige Debatte herbeizuführende Materie ihren Abschluß auf freundschaftlicher Basis mit dem Wunsch, daß der neue Gau Oberhein stets vorwärts schreiten möge. Gewissermaßen S a n d f o r t bedauerte besonders, daß die Trennung der beiden Gaue vorgenommen wurde. Unter „Technischem“ brachte Kollege W e i n g ä r t n e r Mithilfe in Karlsruhe zur Sprache betreffs Anfernen von Sektorn an der Prägepresse. Obgleich über die Sache mit der Zentralkommission Verständigung erzielt wurde, sehen wir dem im Sinne des Tarifs machstlos gegenüber. Einige interne Fragen wurden noch erledigt. Kollege G i l l m a n n dankte dann für das Gelingen der Tagung. Mit einem dreifachen Hoch auf Verband und Sparte fand die Tagung ihren würdigen Abschluß. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen fand in denselben Räumen nachmittags eine F e s t e r s a m m l u n g mit Ehrung von Jubilaren statt. Nach einem flott gespielten Marsch begrüßte Kollege G i l l m a n n die erschienenen Damen und Herren, Gäste und Kollegen herzlich, worauf dann Kollege S c h m i d t von Gauverband nun in kurzen Amrissen die Gründung der Sparte, deren Ziele und Zweck, den steinigen Weg, den die Sparte oft zu gehen hatte in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht, schilderte. Die Kollegen G i l l m a n n, E n g l e r t, H o f m a n n und G ö h w u r d e n nun für dreijährige und fünfundsiebzigjährige Zugehörigkeit zur Sparte, für ihre Treue und Mitarbeit durch ein sinniges Geschenk entsprechend geehrt. Dem Gesangverein „Gutenberg“, der stets der Vereinnigung zur Verfügung stand und zur Gemütsheilung beitrug, wurde von der Sparte zum Andenken ein Lied überreicht. Nach Absingen des vom Kollegen H ö f e r, dem Vorsitzenden des Vereins, verfassten Liedes ging es zu ungewöhnlicher Gemütsheilung, Musik und Lebendvorträgen sowie Einzelarbeiten von Kollegen K a u z u s über. Die vorgeladene Stunde ermahnte zur Absahrt, und so schied man in echt kollegialer Weise.

Milzberg-Virth. In unserer zweiten E r w e r b s - L o s e n v e r s a m l u n g am 1. Juli sprach Kollege S r a n d m i l l e r über die Änderungen in der Unterstühtungsfrage und stellte fest, daß das Thema Unterstühtungsabau ein sehr unangenehmer für beide Teile sei, für die Unterstühtungsempfänger einerseits, und für den Staat die langanhaltende Krise gezwungenen Verbandsvorstand andererseits. Er streifte die diesbezüglichen Artikel des „Korr.“, und ging dann auf den diesen Komplex behandelnden Artikel des Kollegen S c h w e i n t l e n, der zweifelhaft die katastrophale Belastung des Rentenbestandes unseres Verbandes durch die Sonderunterstühtung aufzeigte und aus dem zu ersehen war, daß in erster Linie durch diese Sonderunterstühtung ein Defizit von über einer Million entstanden ist. Darauf wandte sich der Redner zu dem Abau der Unterstühtungen und der Erhöhung der Beiträge. Er führte aus, daß, so schwer diese Maßnahme auch beide Teile treffe, sie doch eine unumgängliche Notwendigkeit war, und empfahl den Kollegen, in eine sachliche Diskussion einzutreten. Die Distriktsredner versicherten ihre Notlage und führten aus, daß sie die Maßnahme des Verbandsvorstandes schwer treffe und richteten alle das Ergehen an die in Arbeit stehenden Kollegen, mehr denn je die tariflichen Bestimmungen für sich in Anspruch zu nehmen. Nachdem Kollege Brandmüller auf die Ausführungen der Distriktsredner eingegangen war und auch manche irrtümliche Auffassung richtiggestellt hatte, nahm Kollege G r ö ß das Schlußwort und ermahnte die erwerbslosen Kollegen, auch in Zeiten schwerster Not die unverbrüchliche Treue dem Verband zu halten.

Milzberg. Die Bezirksversammlung am 5. Juli hatte nicht den Besuch, den wir erwartet hatten. Kollege E b e r t (München) referierte über „Die wirtschaftliche und organisatorische Lage“. In 12-stündigen Ausführungen legte er in trefflicher Weise dar, daß die freien Gewerkschaften selbst in dieser schweren Zeit und trotz aller Widerstände unserer natürlichen Widersacher, der Unternehmern, ebenso wie deren Schuttpartnern aus den verschiedensten Lagern, voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. Er rechtfertigte die Maßnahmen des Verbandsvorstandes, die unbedingt nötig waren, wenn der Verband ohne Schaden durch diese kritische Zeit hindurchkommen soll. Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen lösten eine lebhafteste Aussprache aus. Ein Redner kritisierte die Notverordnung und meinte, daß sich die Gewerkschaften diese niemals hätten gefallen lassen dürfen. Im übrigen sei es nun höchste Zeit, daß mit der Beitragserschöpfung und der Mehrbelastung der Arbeiterklasse Schluss gemacht würde. Daß für die Schlichtungslösung auch Extrabeiträge gezahlt werden müssen, hielt er nicht für richtig. Letzteren Ausführungen wurde sofort von einem andern Kollegen widersprochen. Nicht dem schlechtesten Beispiel des Staates, der bekanntlich die höheren Einkommen sofort und alles auf die unteren abwälzt, dürfen wir folgen. Ein weiterer Redner wandte sich gleichfalls gegen die Notverordnung und mißbilligte die Taktik der Partei und der Gewerkschaften. In seinem Schlußwort wandte sich Kollege E b e r t entschieden gegen jede Waghprobe, denn bei einer solchen würden wir den kürzeren ziehen und italienische Zustände schaffen helfen. Hiergegen sei die Notverordnung, trotz seiner großen sozialen Ungerechtigkeiten, noch immer das kleinere Übel. Er trat ganz entschieden für die soviel angefeindete Demokratie ein. Nach dreißündiger Dauer fand die sehr interessante Versammlung ihr Ende; deren Besuchlicher auch den vielen „passiven Gewerkschaftlern“ nichts zerschadet hätte.

Allgemeine Rundschau

Ausstellung der 50 besten englischen Blüher in Berlin. Im Buchgewerbeaal des Verbandshauses zu Berlin werden in der Zeit vom 15. bis 30. August 1931 die 50 besten englischen Blüher des Jahres 1930 ausgestellt. Die Blüher, die ähnlich wie die 50 besten deutschen Blüher über die deutsche Buchausstattung, einen Überblick über die Ausstattung des englischen Buches geben, werden im Rahmen der Arbeiten der Ortsgruppe Berlin des Bildungsverbands der Deutschen Buchdrucker ausgestellt. Wir machen besonders auf diese Ausstellung aufmerksam. Sie ist wochentags in der Zeit von 9 bis 4 Uhr (Sonnabends bis 2 Uhr) sowie S o n n t a g, d. 30. A u g u s t, von 10 bis 1 Uhr, für den freien Besuch geöffnet. Die Ausstellung der Berliner Kurzarbeiter dauert noch bis Mitte September.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verband im Monat Juli erstreckte sich auf 204 Berichtsstellen. 27 von diesen mit 5148 Mitgliedern landten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 91 500 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). In Arbeitslosen wurden gezählt 22 890 (gegen 20 578 im Juni). Verkürzt arbeiteten 6887 (gegen 4261 im Juni), und zwar bis zu 8 Stunden 3295, 9 bis 16 Stunden 1841, 17 bis 24 Stunden 900, 25 und mehr Stunden 81 Mitglieder.

Der Volkseinsatz in Preußen gesteuert. Die wider-natürliche Front der Reaktionen aller Schattierungen und der Kommunisten gegen die demokratische preussische Regierung ist eben zusammengebrochen. Wenn sich die Bundesgenossen von gestern heute darüber freiten, wen die größere Schuld an diesem Zusammenbruch trifft, so können wir das ihnen getroff überlassen. Daß die Kommunisten in ihrer Wirkung auf den Einfluß der Arbeiterklasse einen ver-nichtenden Schlag erlitten haben, steht außer allem Zweifel. Daran ändert auch ihr Terror gegen die Polizei nicht das geringste. Diese Gewalttaten, die zwei Polizeibeamte in Berlin mit dem Leben bezahlet haben, werden vielmehr dazu beitragen, daß sich der besonnene Teil ihrer Anhängerstärkung von diesem Nihilismus, das mit einer Politik im Sinn des proletarischen Klassenkampfes nichts mehr zu tun hat, abwenden wird. Der Ausgang des Volksentwurfes mit seinen nicht einmal 10 Millionen von an-nähernd 27 Millionen Stimmberechtigten ist die wohlver-diente Quittung, die das preussische Volk den Kata-strophopolitiken auf beiden Seiten ausgestellt hat. Der Ausgang des Volkseinsatzes hat gezeigt, mit welchen Kräfte die republikanisch gestimmte Arbeiterschaft zu rechnen hat, woraus die Konsequenz eines eifernen Widerstandes auch in den Gewerkschaften gegen diese Volks-betrüger gezogen werden wird. Ganz besonders werden wir uns die verträglich Haltung der Kommunisten merken müssen, die es aus Haß gegen die politische und ge-werkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft über sich gebracht haben, mit den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft Arm in Arm gegen das Volkswort der deutschen Republik anzugreifen, gegen den demokratischen Staat, der ihnen überhaupt erst ihre Existenzberechtigung ermöglicht hat. Nachdem nun das Kräfteverhältnis der politischen Rich-tungen festgelegt ist, nachdem der Wille des großen Teiles des deutschen Volkes nach einer ruhigen Entwicklung zum Ausdruck gekommen ist, kann die Regierung die begonnene Friedensarbeit fortsetzen, an der sie sich auch durch den ein-zigen Minister, der am Volkseinsatz teilgenommen hat, den Reichsernährungsminister Schiele, nicht hindern lassen wird. Das Ergebnis des Volkseinsatzes ist auch vom Ausland mit großer Befriedigung aufgenommen worden, und darin liegt die beste Garantie zu einer Verständigung, die wir gegenüber den Katastrophopolitikern im Inter-esse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und damit der deutschen Arbeiterschaft zu fördern haben. Nicht Un-ruhe und ständige Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bringen uns vorwärts, sondern nur zähe Arbeit kann den Aufbau fördern, der das gegenwärtige Gebot der gesamten internationalen Arbeiterschaft ist.

Änderung der Pressenotverordnung. Die in Nr. 68 an dieser Stelle veröffentlichte Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli hat durch eine Ver-änderung des Reichspräsidenten vom 10. August folgende Abänderungen erfahren: Artikel 1. Der § 1 der 2. Notver-ordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931 („Reichsgesetzblatt“ I S. 371) wird wie folgt geändert: 1. Abs. 1 erhält die Fassung: Der verant-wortliche Schriftleiter und der Verleger einer periodischen Druck-schrift sind verpflichtet, auf Verlangen einer obersten Reichs- oder Landesbehörde amtliche Kundgebungen und amtliche Entgegnungen auf die in der periodischen Druck-schrift mitgeteilten Tatsachen ohne Einschränkung oder Weg-lassung unentgeltlich aufzunehmen. Die oberste Landes-behörde kann die Aufnahme einer Kundgebung nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern ver-langen. 2. Abs. 2 Satz 2 wird durch die Vorschrift ersetzt: Über die Art und Weise des Abdrucks erläßt der Reichs-minister des Innern allgemeine Bestimmungen; er kann die Zahlung einer Vergütung vorschreiben, soweit der Ab-druck einen bestimmten Umfang übersteigt. Artikel 2. Wird gegen das Verbot einer periodischen Druckschrift, das auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik oder auf Grund der Verordnungen zur Bekämpfung politischer Aus-schreitungen erlassen ist, Beschwerde eingelegt, so ist, wenn die Beschwerde nicht spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung der Stelle ausliegt, die sie dem Reichsgericht vorzulegen hat, das Verbot ohne sachliche Nachprüfung sofort aufzuheben. Artikel 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, die zweite Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der sich aus Artikel 1 ergebenden Fassung unter den heutigen Datum bekanntzumachen. Auf Grund des Artikels 3 dieser Ab-änderungsverordnung hat der Reichsminister die Pressenot-verordnung in ihrer neuen Fassung, die sich aus Artikel 1 der Änderungsverordnung ergibt, neu verfaßt. Die Ab-änderungen stellen eine stärkere Zentralisation in der Handhabung des Rechts dar, von einer periodischen Druck-schrift die Aufnahme amtlicher Kundgebungen oder Ent-gegnungen zu verlangen. Es kann die oberste Landes-behörde die Aufnahme einer Kundgebung in der Presse förmlich nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangen. Die bisherige Möglichkeit der Dele-gation auf sachgeordnete Stellen fällt weg. Um dem be-rechtigten Interesse entgegenzukommen, das die Öffentlich-

keit und die von einem Verbot betroffene Zeitung an einer größtmöglichen Befreiung des Beschwerdebefahrens haben, ist allgemein bestimmt, daß jede Beschwerde über ein Zeitungsverbot spätestens am fünften Tage nach ihrer Einlegung auf dem Instanzenwege derjenigen Stelle zu-gestellt sein muß, von der aus die Beschwerde dem Reichs-gericht zur Entscheidung vorzulegen ist. Wird die Frist ver-läuft, so ist das Verbot von der jeweils zuständigen Stelle, d. h. von der Stelle, die mit ihm bei oder nach Ablauf der Frist befaßt ist, ohne sachliche Prüfung sofort aufzuheben. Diese Vorschrift ist nicht auf den Bereich der sogenannten Pressenotverordnung beschränkt, sondern gilt auch für Zeitungsverbote, die auf Grund der ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Aus-schreitungen vom 28. März 1931 und auf Grund des Ge-setzes zum Schutz der Republik ergehen. Bei diesen allge-mein geforderten Änderungen hat auch die in Nr. 60 des „Korr.“ abgedruckte Eingabe des Verbandsvorstandes an den Reichsminister des Innern starke Beachtung und ihren Niederschlag besonders in der Regelung von Beschwerden über Zeitungsverbote gefunden, wie es weiter oben zum Ausdruck gebracht ist. Damit sind die Schädigungen, die unsere Kollegen bei Zeitungsverboten zu ertragen hatten, in erfreulicher Weise herabgemindert worden. Von wei-teren Milderungen der Pressenotverordnung, wie sie ange-regt worden sind, mußte noch abgesehen werden. Insbeson-dere ergiebt es angesichts der Terrorakte des vergangenen Sonntags zur Zeit unverträglich, die Maßnahmen zu be-festigen oder abzuschwächen, die nach der Verordnung zum Schutz der gefährdeten Sicherheit und Ordnung zulässig sind.

Senkung der Mieten. Der Reichsbund deut-scher Mieter hat an die Reichsregierung fol-gendes Telegramm gerichtet: „Steigende wirtschaftliche Not welter Kreise der Wohnraummieter und der Geschäftsraummieter erfordert unverzügliche Maß-nahmen zur Senkung der Mieten für Alt- und Neubauwohnungen bis auf die Höhe der Vorkriegsmieten. Senkung der Hauszinssteuer muß in vollem Umfang zur Senkung der Mieten dienen. Weitere Preisgaben an den Hausbesitz sind aus Gründen sozialer Gerechtigkeit uner-träglich. Weiterer Abbau des Mieterschutzes ist unbedingt abzulehnen. Mittel für den Wohnungsbau bedürfen sofor-tiger entscheidender Bekräftigung.“ Dazu bemerkt der Reichs-bund, daß sich von Tag zu Tag die Fälle mehren, in denen Wohnraummieter und Geschäftsraummieter nicht mehr in der Lage sind, die Mieten pünktlich oder in vollem Maße zu zahlen. Neubauwohnungen sind vielfach überhaupt nicht mehr zu vermieten, trotzdem die Wohnungsnot infolge der Preissteigerung des Wohnungsbaukosten ansteigt. Viele Alt-baumieter, die zu den pünktlichsten Mietzahlern gehörten, sind infolge steigender Mietrückstände mit der Gemütskur be-droht. Der Mieterschutz stellt im größten Teil Deutschlands über dem Lebenshaltungsniveau. Der Vorkriegsstand des Haus- und Grundbesitzes, die Hauszinssteuer wegfallen zu lassen, wird von dem Reichsbund abgelehnt. Dieser Vorstoß würde bedeuten, daß dem deutschen Haus- und Grundbesitz ein zusätzlicher Reingewinn in Höhe von 30 Pro-zent der Forderungen — 1,5 Milliarden Mark in den Schoß ge-worfen würde. Für dieses Geschenk fordert der Haus- und Grundbesitz die sofortige Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung. Der Reichsbund schließt seine Ausführungen mit folgender Warnung: „Wenn die Reichsregierung die ver-zweifelste Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung un-abdingt noch weiter steigern will, so gibt es zu diesem Zweck allerdings kaum ein besseres Mittel als die völlige Preis-losmachung der verarmten und verelendeten deutschen Mieterschaft.“

Eine Serie von Gewerkschaftsmitteln. Ein offenbar jeht bei der NSDAP, „beschäftigtes“ Mitglied hatte sich vor zwei Jahren in den Baugewerksbund verkauft. Er hatte dort 8 Beiträge gezahlt, und das erregte in einem solchen Maße seinen Zorn, daß er seinem Vater Stein und Bein legte, daß, damit dieser sich mit dem Baugewerksbund in Verbindung setze, um diese Beiträge wieder zurückzu-erhalten. Wie einige andere säumige Zahlser ist auch dieser Hiltzerstern mit einem Schreiben bedacht worden, die Mit-gliedschaft nicht verfallen zu lassen. Nun ergreift der Vater die Feder und gibt seinen Zorn über den Bau-gewerksbund aus. Hören wir, was er zu sagen hat: „Unter-zeichnete teilt dem Baugewerksbund mit, auf das Schreiben vom 13. 7. 31. das mein Sohn bisher noch nicht auf den Hochbau gearbeitet hat und als Liebhaberei hat er die Beiträge für Hochbau nicht zugabehalten, den wie kommt er dazu von den par Mark Lohn noch diese Herrn Bonzen zu quittieren und er selbst leidet Hunger, also ist bis jetzt noch gar keine veranlassung gegeben meinen Sohn aus dem Verband herauszuschmeißen sollte man es doch machen ver-lange ich das meinen Sohn die bisher abgeleiteten Beiträge innerhalb 3 Tagen zurück erstattet werden, da er kein Geld nicht für eine unumliche Sache ausgiebt, auch gehen uns die fagungen des Herrn Vorstandes nichts an, sollte mein Sohn in der gegebenen feist kein Geld nicht erhalten haben gebe ich die angelegentlich der Weltung der NSDAP. in die Hand etwas veröffentlichtung soner lasche im Frei-heitskampf, damit die Menschheit erfährt wie die Herrn Bonzen der SPD. mit den Geld der Arbeiterschaft umgehen in der hoffnung das das Geld hier in unseren beist ist geklärt.“ — Der Baugewerksbund wird diese Drohung natürlich nicht ernst nehmen. Das Schreiben zeigt aber, wie sehr die NSDAP auf ihre Mitglieder stolz sein kann.

Der Mittelstand für die Erschöpfung der Verbraucher. Wenn es nach den Zünftlerwünschen geht, denen die joga-nannten Regierungen je länger, je mehr sich widrigkeit zeigen, dann werden bald alle deutschen „Freistaaten“ mit hohen Zollmauern umgeben sein, und die Kreise und Ge-meinden werden wieder mit Schlagbäumen und Äxzen den Verkehr verlangsamen. Bayern hat sich bereits gegen das „Ausland“ feilsch, das aus anderen Bundesstaaten kommt, absperrt. Jetzt streben auch die sächsischen Mittelständler, vor allem die Metzler und Viehhändler, nach ähnlichen Schranken, um die ohnehin von allen Seiten gemißhan-delten, wirtschaftlich so schlecht gestellten Verbraucher des Landes noch fester in die Gewalt zu bekommen. In einer Eingabe der sächsischen Gewerkschaften wird eine Ver-schärfung der gesamten „Ausleihssteuer“ oder „Übergangs-abgabe“, d. h. ihre Anwendung nicht nur auf Kräfteleih, sondern auch auf Feilschwaren aller Art verlangt. Man will, wie eingestanden wird, die Konsumverneinung treffen. Der Mittelstand zeigt sich keines Rufes als „Schrittmaeder der nächsten Revolution“ würdig. Die dauernde Schikanie-rung der Unbemittelten ist ein wirkungsvolles Mittel zur Herbeiführung des Chaos.

